

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

103. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 22. Mai 2003, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 13. bis 15. Mai 2003 in Lübbenau	5
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/3364	
2. Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Schleswig-Holstein	7
Vorlagen des Innenministeriums und des Finanzministeriums Umdrucke 15/2988 und 15/3276	
3. Maßnahmen zur Vermeidung von Versetzungen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	7
Vorlagen des Innenministeriums Umdrucke 15/3084 und 15/3361	
4. Umbaumaßnahme für die IT-Leitstelle des Innenministeriums im PZE Kiel-Eichhof, Haus 7	8
Vorlagen des Innenministeriums Umdrucke 15/3167 und 15/3363	
5. Unterbringungs- und Anmietungsvorhaben für das Amt für ländliche Räume (ALR) und das 3. Polizeirevier in Lübeck, Meesenring 9	9
Vorlagen des Innenministeriums Umdrucke 15/3272 und 15/3362	
6. Landesstiftungen	10
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 15/2572	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2648	
7. Theologische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Bericht über die Verhandlungen mit der Nordelbischen Kirche, der Wissenschaftsbehörde in Hamburg und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	11
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/3274	

-
- 8. Mehr Liquidität und weniger Bürokratie für den Mittelstand durch gerechtere Besteuerung** 12
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2576
- Vorlagen des Finanzministeriums
Umdrucke 15/3279 und 15/3280
- 9. Veräußerung der Landesliegenschaft Uthlandstraße 32 in Westerland auf Sylt** 13
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3273
- 10. Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Zeitraum Januar bis März 2003** 14
Vorlage des Finanzministeriums
- Umdruck 15/3275
- 11. Funktionalreform** 15
- Vorlage der Chefin der Staatskanzlei
Umdruck 15/3288
- 12. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2003** 16
- 13. Stand der Neuorganisation der Oberfinanzdirektion und der Landesbezirkskasse** 17
- Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3278
- 14. Information/Kenntnisnahme** 18
- Umdruck 15/3263 - über- und apl. Ausgaben und VE I/2003
- 15 Ausbietungsverfahren Kieler Schloss** 19
- Vorlage des Finanzministeriums
interner Umdruck 15/3383
- nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 GeschO -**

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 13. bis 15. Mai 2003
in Lübbenau**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3364

M Dr. Stegner verweist auf die im Landtag geführte Debatte und wiederholt seine Einschätzung, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung im Gegensatz zu anderen Ländern mit der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes so weit wie möglich Vorsorge getroffen habe und dass die weitere Entwicklung der Konjunktur und der Steuereinnahmen erst im Herbst genauer beurteilt und darauf reagiert werden könne. Hinsichtlich der Ausgabenseite appelliert er an die Opposition, notwendige Maßnahmen zum Subventionsabbau und zur Reform der Sozialsysteme nicht im Bundesrat zu blockieren.

Abg. Wiegard legt Wert auf die Feststellung, dass die Steuereinnahmen tatsächlich weiter stiegen, nur nicht in der vorausgesagten Größenordnung, weil die der Steuerschätzung zugrunde gelegten Wachstumsannahmen unrealistisch seien, was zu erheblichen Schwierigkeiten in den Haushaltsplänen führe. Sollte die Regierung erneut die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklären, müsse sie nachweisen, inwieweit die von ihr zusätzlich aufgenommenen Kredite tatsächlich zur Abwehrung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beitragen. Um die Arbeitskosten in Deutschland zu senken, müsse darüber nachgedacht werden, welche Sozialleistungen es geben solle, in welchem Umfang der Einzelne zur Bezahlung der Sozialleistungen herangezogen werden solle und für welche Leistungen die Gemeinschaft aufkommen solle (Mehrwertsteuer).

Abg. Heinold zeigt sich davon überzeugt, dass die öffentliche Hand sowohl ein Einnahme- als auch ein Ausgabeproblem habe, dessen Bewältigung sich die CDU größtenteils verweigere. Sie spricht sich dafür auf, als Schleswig-Holsteinischer Landtag die Bundesebene aufzufordern, die Lohnnebenkosten durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer drastisch zu senken.

Abg. Dr. Garg fordert, die Arbeitskosten zu senken und die Systeme der sozialen Sicherung weitgehend vom Erwerbseinkommen abzukoppeln. Er vermisse bei der rot-grünen Bundesregierung nach wie vor eine klare Linie in der Steuerpolitik, anstatt durch das Steuervergünstigungsabbaugesetz, Überlegungen zur Erbschaft- und Vermögensteuer oder Ähnliches immer wieder das fatale Signal von Steuererhöhungen auszusenden.

M Dr. Stegner stimmt den Aussagen von Abg. Wiegard zur Senkung der Lohnnebenkosten und einer nur damit in Verbindung stehenden Erhöhung der Mehrwertsteuer zu. Der marginale nominale Anstieg der Steuereinnahmen werde durch Ausgabensteigerungen in den Bereichen Sozialtransfers und Arbeitslosigkeit deutlich übertroffen und bedeute de facto eine Verschlechterung der Einnahmesituation. Wie widersprüchlich die Finanzpolitik der CDU sei, zeige sich am Beispiel der Gewerbesteuer, bei der die Landesregierung ausdrücklich das Modell der kommunalen Landesverbände zur Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen unterstütze.

Auch Abg. Neugebauer kritisiert, dass die Umsetzung von Maßnahmen zum Subventionsabbau im Steuerrecht am Widerstand der Opposition scheitere, und appelliert an CDU und FDP, Subventionen gemeinsam zurückzufahren.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 2 und Punkt 3 der Tagesordnung:

Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Schleswig-Holstein

Vorlagen des Innenministeriums und des Finanzministeriums
Umdrucke 15/2988 und 15/3276

**Maßnahmen zur Vermeidung von Versetzungen in den Ruhestand wegen
Dienstunfähigkeit**

Vorlagen des Innenministeriums
Umdrucke 15/3084 und 15/3361

Der Finanzausschuss bittet den fachlich zuständigen Innen- und Rechtsausschuss, sich möglichst zeitnah mit beiden Vorlagen zu befassen und dem Finanzausschuss ein Votum zukommen zu lassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Umbaumaßnahme für die IT-Leitstelle des Innenministeriums im PZE
Kiel-Eichhof, Haus 7**

Vorlagen des Innenministeriums
Umdrucke 15/3167 und 15/3363

Auf Fragen aus dem Ausschuss macht St Lorenz anhand von Umdruck 15/3363 noch einmal die Notwendigkeit der geplanten räumlich zusammenhängenden Unterbringung der IT-Leitstelle deutlich, zu der es keine Alternative gebe, und bittet um eine zügige Entscheidung.

MDgt Pätschke bittet darum, die mit dem Freiziehen der von der IT-Leitstelle zurzeit belegten Räumlichkeiten verbundenen Einsparungen zu quantifizieren.

Unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Innen- und Rechtsausschusses erteilt der Finanzausschuss einstimmig die erbetene Einwilligung zu dem geplanten Vorhaben.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Unterbringungs- und Anmietungsvorhaben für das Amt für ländliche Räume (ALR) und das 3. Polizeirevier in Lübeck, Meesenring 9

Vorlagen des Innenministeriums
Umdrucke 15/3272 und 15/3362

Auf eine Frage von Abg. Heinold erwidert St Lorenz, der vorgesehene Objektwechsel sei insbesondere vor dem Hintergrund der erzielbaren Veräußerungserlöse und der Laufzeit des neuen Mietvertrages eine gesamtwirtschaftliche Lösung.

Abg. Arp und MDgt Pättschke machen darauf aufmerksam, dass der Kalkulation der Unterbringungskosten die Einbeziehung der Außenstelle der Landeskasse Schleswig-Holstein zugrunde liege.

Der Finanzausschuss erteilt mit den Stimmen von SPD und FDP bei Enthaltung der CDU die erbetene Einwilligung und bittet den Innen- und Rechtsausschuss, sich mit dem Vorhaben zu befassen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Landesstiftungen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 15/2572

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2648

(überwiesen am 8. Mai 2003 an den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

St Döring kündigt zur Anlage von Stiftungsvermögen Richtlinien des Finanzministeriums - unter Beteiligung des Landesrechnungshofs - und zur Frage der zukünftigen Besetzung der Organe öffentlich-rechtlicher Stiftungen einen Bericht der Landesregierung an.

Abg. Neugebauer macht deutlich, dass die Organe der in Rede stehenden Stiftungen bei der Anlage von Vermögen nicht fahrlässig gehandelt hätten und die Anlage von Stiftungsvermögen in Aktien auch in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Bayern, durchaus üblich gewesen sei.

Abg. Dr. Garg weist darauf hin, dass es bei der Energiestiftung sehr wohl Verfehlungen gegeben habe.

Der Ausschuss beschließt, zunächst die Voten der beteiligten Ausschüsse und die Beratung in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ abzuwarten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Theologische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Bericht über die Verhandlungen mit der Nordelbischen Kirche, der Wissenschaftsbehörde in Hamburg und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/3274

RL Fischer äußert sich zuversichtlich, dass in Sachen Kooperation beim Theologiestudium mit Hamburg in Gesprächen auf Referenten-, Abteilungs- und Staatssekretärebene wirklich Bewegung erreicht werden könne. Er teilt mit, dass die Professur für Kirchengeschichte an der CAU im Einvernehmen mit dem Rektorat vorerst nicht ausgeschrieben werde und freiwerdende Stellen erst einmal nicht wieder besetzt werden sollten.

Der Finanzausschuss erwartet, dass der Beschluss des Landtages zur Ausstattung der Theologischen Fakultät zügig umgesetzt wird, bittet den Bildungsausschuss, sich mit der Thematik zu befassen, und wird das Thema in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ wieder aufgreifen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Mehr Liquidität und weniger Bürokratie für den Mittelstand durch gerechtere Besteuerung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2576

(überwiesen am 4. April 2003)

Vorlagen des Finanzministeriums
Umdrucke 15/3279 und 15/3280

Die Vertreter der CDU halten an ihrem Antrag fest, die Landesregierung aufzufordern, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, welche eine Umstellung des Umsatzsteuerverfahrens von der Soll- zur Ist-Besteuerung zum Ziel hat. Eine solche Umstellung führe zu einer Verbesserung der Liquidität insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, zu mehr wirtschaftlicher Betätigung und damit letztlich auch zu höheren öffentlichen Einnahmen.

Auch Abg. Dr. Garg macht darauf aufmerksam, dass die mit der Umstellung verbundenen Mindereinnahmen nur temporär anfielen, und erkundigt sich nach den Chancen, die begehrte Umstellung mit EU-Recht in Einklang bringen zu können.

Abg. Neugebauer äußert, er halte das Anliegen des Antrages für tendenziell berechtigt, hege allerdings Zweifel an der Durchsetzbarkeit gegenüber der Europäischen Union.

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, den vom Finanzministerium vorgelegten Sachstandsbericht um eine politische Bewertung der Umstellung des Umsatzsteuerverfahrens von der Soll- zur Ist-Besteuerung und der damit verbundenen Chancen und Risiken zu ergänzen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Veräußerung der Landesliegenschaft Uthlandstraße 32 in Westerland auf Sylt

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3273

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Einwilligung.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Zeitraum Januar
bis März 2003**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3275

St Döring teilt mit, dass das Land im April insbesondere wegen der Körperschaftsteuerzerlegung 17,1 % mehr Steuern eingenommen habe.

Abg. Wiegard problematisiert die Tatsache, dass die Steuermehreinnahmen im Wesentlichen auf der Zerlegung der Körperschaftsteuer beruhten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Funktionalreform

Vorlage der Chefin der Staatskanzlei
Umdruck 15/3288

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und verweist auf die Beratungen des Innen- und Rechtsausschuss zu den Komplexen Verwaltungsstrukturreform und Funktionalreform.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2003

Der Finanzausschuss beschließt folgende Sitzungstermine für das zweite Halbjahr 2003:

- 21. August
- 11. und 18. September
- 2., 23. und 30. Oktober
- 6., 20. und 27. November
- 4. und 18. Dezember

Die Beratungen des Doppelhaushalts 2004/2005 sollen in der Woche vom 8. bis 12. September 2003 gemeinsam mit den Fachausschüssen durchgeführt werden.

Die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ wird die Bemerkungen 2003 des Landesrechnungshofs voraussichtlich unmittelbar nach der Sommerpause und die Rechnungen des Landesrechnungshofs für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 nach der Sitzung des Finanzausschusses am 12. Juni 2003 beraten.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Stand der Neuorganisation der Oberfinanzdirektion und der Landesbezirkskassen

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/3278

St Döring macht noch einmal deutlich, dass man die Außenstelle Lübeck der Landeskasse Schleswig-Holstein aus personalwirtschaftlichen Gründen aufrechterhalte. M Möller habe den Beschäftigten bei der Errichtung der Landeskasse Schleswig-Holstein am 29. Juni 2001 schriftlich zugesichert, dass niemand - überwiegend teilzeitbeschäftigte Frauen im mittleren Dienst oder in vergleichbaren Vergütungsgruppen - zwangsweise an einen anderen Ort versetzt werde.

Abg. Arp hält die Entscheidung der Landesregierung, an der Außenstelle Lübeck festzuhalten, vor dem Hintergrund der Ämterauflösungen in Itzehoe und Flensburg, die man ausdrücklich mitgetragen habe, für nicht überzeugend. Wenn diese „Lex Lübeck“ durchstehe, werde die CDU anstehende Strukturmaßnahmen nicht mittragen.

St Döring bekräftigt die Zielsetzung der Landesregierung, die Außenstelle so schnell wie möglich - möglichst im Jahre 2008 - aufzulösen und für die verbleibenden Beschäftigten eine anderweitige Unterbringung zu finden, was allerdings in Lübeck schwierig sei. Wenngleich auch in Itzehoe und Flensburg niemand zwangsweise versetzt worden sei, würde man aus heutiger Sicht ein so „großzügiges Angebot“ kaum noch machen.

Abg. Fuß fordert das Ministerium auf, die Zumutbarkeitskriterien für Versetzungen mit Blick auf die gesellschaftspolitischen Änderungsprozesse und die Situation in der Privatwirtschaft zu überprüfen und die Außenstelle Lübeck deutlich vor dem Jahr 2008 aufzulösen.

Abg. Neugebauer kündigt an, sich bei Umstrukturierungsmaßnahmen auf Grundsätze zu verständigen, von denen nicht abgewichen werden solle.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis, bekräftigt aber seine Erwartung, die Außenstelle Lübeck so schnell wie möglich aufzulösen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/3263 - Über- und apl. Ausgaben und VE I/2003

Umdruck 15/3277 - Kredite, Finanzderivate, Schulden

Der Ausschuss nimmt beide Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt den öffentlichen und eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 12:30 Uhr.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Ausbietungsverfahren Kieler Schloss

Vorlage des Finanzministeriums
interner Umdruck 15/3383

**- nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV
i.V.m. § 17 GeschO -**

(siehe nicht öffentlichen und vertraulichen Teil der Sitzung, Seite 23)

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer